

Wirtschaft

Wir fordern

- Keine Konkurrenz von Staat und Wirtschaft
- Verwaltungsführung nach ökonomischen Prinzipien
- Vereinfachung der Bürokratie und Abbau der Regulierungsflut
- Tiefe Steuern

Grundlage

Die Jungfreisinnigen Kanton Glarus verstehen sich als liberale und wirtschaftsfreundliche Partei, als Vertreter einer freien Wirtschaftspolitik ohne unnötige Verbote und Regulierungen und mit attraktiven Rahmenbedingungen für eine innovative und konkurrenzfähige Wirtschaft.

Ausgangslage

Im Kanton Glarus befinden wir uns in einer eher schwierigen wirtschaftlichen Situation. Durch die schlechte Verkehrsanbindung und somit langen Transportwege, den Fachkräftemangel oder der schwierigen Wirtschaftslage im Industriebereich, verliessen in den letzten Jahren zahlreiche Unternehmen das Glarnerland. Vor allem in Glarus Süd sind die Auswirkungen dieser Abgänge markant. Viele Fabrikhallen und Geschäftsräume stehen seit Jahren leer oder werden als Lagerräume genutzt. Daher sollte der Wirtschaftsstandort Glarnerland mit den Vorteilen vermarktet werden können, welche uns stark machen. Tiefe Bodenpreise, Tiefe Steuern, Gute Versorgungsinfrastruktur, bezahlbarer und attraktiver Lebensraum. Ebenfalls sollten neue Branchen, welche nicht in erster Linie auf die Verkehrsinfrastruktur angewiesen sind, wie zum Beispiel die IT-Branche oder auch reine Bürodienstleitungen, ins Glarnerland gelockt werden können.

Keine Konkurrenz von Staat und Wirtschaft

Der Kanton und die Gemeinden sollen gegenüber dem Spiel der Märkte als Schiedsrichter auftreten, ohne gleichzeitig selbst mitzuspielen. Der Staat hat sich um jene Aufgaben zu kümmern, die von Privaten nicht wahrgenommen werden können. Insbesondere konkurriert er private Anbieter nicht mit eigenen Angeboten.

Forderungen

- Verkauf der staatlichen Beteiligungen an Unternehmen, die im Markt Private konkurrieren.
- Schrittweise Reduktion bis zur Einstellung von Subventionen an private Unternehmen.
- Verkauf aller Liegenschaften welche eine Konkurrenz zu Privaten darstellen (Wohnliegenschaften, Gastrobetriebe)
- Verstaatlichung nur subsidiär und nur bei Dringlichkeit: öffentliche Betriebe sollen nur Aufgaben erhalten, welche aufgrund demografischer und geografischer Gegebenheiten nicht von privaten Akteuren erbracht werden können.

Verwaltungsführung nach ökonomischen Prinzipien

Der Kanton und die Gemeinden müssen sich, wo immer möglich, nach ökonomischen Prinzipien organisieren. Für einen effizienten Kanton ist es darum unabdingbar, dass die Verwaltung nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird.

Forderungen

- Keine Privilegien für Angestellte des Kantons und der Gemeinden
- Haushälterischer Umgang mit den Steuergeldern
- Vereinfachung des Informationsaustausches zwischen Ämtern, um Leitwege zu verkürzen und Wartezeiten zu minimieren.
- Absolute Kostentransparenz in der Verwaltung

Vereinfachung der Bürokratie und Abbau der Regulierungsflut

Administrative Hürden behindern die Wirtschaft und insbesondere die vielen Glarner KMU tagtäglich an der Arbeit. Deshalb sind administrative Hürden auf ein Minimum zu begrenzen, Formulare zu vereinfachen und Gesetze periodisch auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Die Jungfreisinnigen Kanton Glarus lehnen direkte, einschränkende Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungs- und Handlungsfreiheit nicht staatlicher Organisationen strikte ab.

Forderungen

- Keine vorgeschriebenen Quoten jeglicher Art
- Freie Ladenöffnungszeiten
- Abschaffung des Tanzverbotes
- Einführung einer Sunset-Legislation
- Einführung einer Gesetzesbremse
- Lockerung des Denkmalschutzes so wie der Bauvorschriften und mehr Konsistenz in deren Umsetzung: Niemand soll einer amtlichen Willkür ausgesetzt sein können. Der Bau neuer Gebäude muss erleichtert werden.
- Abschaffung ungerechtfertigter Eintrittshürden für Startups

Tiefe Steuern

Jeder Franken, der nicht via Steuern den Unternehmen entzogen und der Verwaltung zugeführt wird, steht für weitere Investitionen zur Verfügung. Ein tiefer Steuersatz steigert zudem die Attraktivität des Kantons Glarus für Unternehmen und Privatpersonen. Aus diesem Grund ist die steuerliche Belastung für Unternehmen so tief wie möglich zu halten.

Forderungen

- Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen
- Keine neuen Steuern
- Schaffung attraktiver Bedingungen für Startups
- Senkung der Unternehmenssteuern auf ein Minimum

**„Eine starke und freie Wirtschaft nützt
uns allen!“**